

„Wir müssen schleunigst lernen, das Unvermeidliche zu beherrschen“

Ein ungebremster Klimawandel wird verheerende Auswirkungen haben, prognostiziert der zweite Teil des 4. Berichts des Weltklimarats IPCC. Besonders die Menschen in ärmeren Ländern werden unter ihnen leiden. Dr. Manfred Treber, Klimareferent bei Germanwatch, über Folgen, Anpassungsmaßnahmen und Mäuscheleien um die Zusammenfassung des Berichts für die Politik.

punkt.um: Welche Auswirkung der globalen Klimaerwärmung beunruhigt Sie am meisten?

Am meisten schluckte ich, als ich las, wie stark das Risiko vom Artensterben steigen wird. Der IPCC-Bericht geht davon aus, dass für 20 bis 30 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten das Risiko auszusterben zunimmt, wenn sich das globale Klima im Vergleich zum vorindustriellen Niveau um zwei oder drei Grad Celsius erwärmt.

Wie beurteilen Sie insgesamt den zweiten Teil des 4. Weltklimaberichts?

Zunächst ist es erfreulich, dass die Zusammenfassung des wissenschaftlichen Teils, der „Summary for Policy Makers“, kurz SPM, überhaupt zustande gekommen ist. Denn wie beim IPCC üblich haben sich die Bremser unter den Delegierten stark eingebracht.

Welche politischen Folgen erwarten Sie?

Schon der erste Teil des Berichts, der im Februar in Paris vorgestellt wurde, hat in der Politik sehr stark zu der Wahrnehmung geführt: Wir müssen etwas tun. Dafür ist der Beschluss der Staats- und Regierungschefs der EU, 20 Prozent weniger Treibhausgase bis 2020 zu emittieren, ein schönes Beispiel. Beide Teilberichte haben dem Klimaschutz zu einem medialen Hype verholfen, sodass auch der Öffentlichkeit klar geworden ist: Die Sache ist sehr ernst.

Halten Sie die europäische Klimapolitik für ehrgeizig genug, um die schlimmsten Auswirkungen, die der Bericht beschreibt, zu vermeiden?

Der Beschluss der EU, die Emissionen bis 2020 um 30 Prozent zu reduzieren, wenn China und die USA mitmachen, ist sehr lobenswert. Und diesbezüglich bin ich optimistisch. Denn wenn die Staatengemeinschaft Ende 2009 über die Industrieländerziele und das 30-Prozent-Ziel der EU entscheiden wird, gibt es die Bush-Administration nicht mehr.

Im zweiten Teil ist viel von Anpassungsmaßnahmen wie Küstenschutz die Rede. Was behindert bislang ihre Umsetzung?

Den ärmeren Ländern, die am stärksten von den Klimaauswirkungen betroffen sind, mangelt es an

Ressourcen. Und der „Adaption Fund“ des Kyoto-Protokolls verfügt nur über lächerlich kleine Summen.

Wie müssen die Industrieländer die ärmeren Staaten beim Klimaschutz unterstützen?

Der wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung hat beispielsweise vorgeschlagen, vom internationalen Flugverkehr Abgaben zu verlangen, die für Anpassungsmaßnahmen genützt werden. Gerade der Flugverkehr ist ja extrem klimaschädlich. Die EU wird auf jeden Fall den Flugverkehr in den Emissionshandel einbeziehen. Allerdings sollten die Zertifikate versteigert und nicht wie bei den Stromversorgern verschenkt werden.

Warum haben sich einige Länder so stark gegen eine drastischere Darstellung der wissenschaftlichen Ergebnisse im SPM gewehrt?

Wer sagt „Wir sind vom Klimawandel nicht betroffen“, muss auch nichts machen. Dabei ist sich die Wissenschaft mittlerweile sicher: Der Klimawandel kommt schneller und folgenreicher. Deshalb wäre es die Aufgabe des Weltklimarats, Bremsern wie den USA, China oder Saudi-Arabien klarzumachen, wie ernst die Herausforderung der Klimaänderung ist, der nur mit anspruchsvollen Klimaschutzzielen begegnet werden kann. Stattdessen hat sich der Vorsitzende der IPCC-Arbeitsgruppe 2 von der Politik in einzelnen Fällen die Federführung abnehmen lassen.

Ein Beispiel?

Der Bericht zeigt zum ersten Mal die Auswirkungen der globalen Klimaänderung für die einzelnen Regionen auf. Wirklich empört haben mich die Verhandlungen darüber, was in der Zusammenfassung bei den Folgen für Nordamerika stehen sollte. Da stand im ersten Entwurf lediglich, dass die Schneefälle in den Bergen abnehmen würden. Kein Wort von „Katrina“, den damit verbundenen Schäden und davon, dass die Intensität von Wirbelstürmen zunehmen wird! Glücklicherweise hat Frankreich interveniert. Jetzt wird die Sturmgefahr im SPM zwar erwähnt, aber an letzter Stelle. Und an erster Stelle steht, dass wegen der Erwärmung die Ernteerträge steigen werden!

Wer es genau wissen will, muss also den 1.400 Seiten starken wissenschaftlichen Bericht lesen? Ganz klar. In der Zusammenfassung steht zwar, was man gesichert sagen kann, aber sie ist eben ein Konsenspapier. Und bei der Verhandlung darüber wussten einige Delegierte sehr genau, was aus dem Bericht nicht in die Zusammenfassung eingehen sollte.

Was erwarten Sie vom dritten Teil des Berichts, der Anfang Mai veröffentlicht werden und Strategien zur Klimastabilisierung vorschlagen soll?

Den Entwurf finde ich sehr unausgewogen. Bei den Maßnahmen zum Verkehr geht es schwerpunktmäßig um Straßenverkehr und kaum um den öffentlichen. Viele gute lokale Erfahrungen mit öffentlichen Verkehrssystemen kommen gar nicht vor, weil sie nicht auf Englisch verfasst sind. Ich hoffe, der dritte Bericht macht deutlich, dass es genügend Technologien und Lösungen gibt, um innerhalb der nächsten zehn bis 15 Jahre eine Trendwende bei den Emissionen zu schaffen. Das ist arg viel Arbeit und die Sache ist ernst, aber kein Grund zur Panik.

Die öffentliche Aufmerksamkeit für den Klimawandel ist so groß wie noch nie. Wie lange noch?

Das Thema hat es verdient, prominent zu bleiben. Damit ist leider die kognitive Dissonanz – Menschen handeln wider besseren Wissens – noch nicht aus der Welt. Deshalb ist es an der Politik, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Denn wenn das System erst aus dem Ruder gelaufen ist, lässt sich nichts mehr umkehren. Eine globale Erwärmung um 1,5 Grad Celsius reicht ja vielleicht schon, damit das grönländische Eisschild in Jahrhunderten komplett abschmilzt. Wir müssen schleunigst lernen, das Unbeherrschbare zu vermeiden und das Unvermeidliche zu beherrschen. [Interview: Helena Obermayr]

Dr. Manfred Treber ist Referent für Klima und Verkehr bei der Nord-Süd-Initiative Germanwatch e.V. Kontakt: Fon +49/228/6 04 92 14, E-Mail treber@germanwatch.org

